

GESTALTEN WIR EUROPA

Ulrike Müller

Jahresrückblick 2020/2021

renew
europe.




FREIE
WÄHLER



europarl.eu

euro



Gestalten wir Europa!

Liebe Leserinnen und Wähler,
werte Freundinnen und Weggefährten,
sehr geehrte Bürgerinnen und Europäer,

eines meiner politischen Herzensanliegen ist es, den Menschen in Europa die EU näher zu bringen. Ich will gut erklären, was wir Politiker da in Brüssel genau tun, wie sinnvoll und im Sinne der Bürger*innen Prozesse sind, die aus der Ferne vielleicht befremdlich wirken. Ich pendle zwischen zwei Welten – ganz körperlich, wenn ich montags nach Brüssel aufbreche und donnerstags wieder ins Allgäu zurückkehre und häufig erst einmal in den Stall gehe. Aber auch im übertragenen Sinne zwischen dem politischen Bienenkorb der EU und der weiten Landschaft, der Heimat Europa, in der wir unseren Alltag leben.

Und so freue ich mich, Ihnen meinen Jahresrückblick 2020/2021 zu präsentieren. Er bietet Einblicke in beide Welten, die ohne einander gar nicht denkbar sind. Ich bin zufrieden mit Vielem, was wir erreichen konnten. Ich brenne für die Sache Europa wie zur ersten Stunde, auch wenn das Jahr anstrengend und arbeitsreich war und viel Kraft gekostet hat.

Die abgeschlossene Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik diesen Sommer ist ein Meilenstein in meiner politischen Arbeit. Ich habe über beinahe drei Jahre hinweg als Verantwortliche die Verhandlungen zu einem der drei „Dossiers“ betreut und durchgeführt. Das Ringen um die bestmögliche Lösung für Landwirte, Verbraucher und die Umwelt blieb spannend bis zum letzten Verhandlungstag.

Nicht nur die Reform ist wegweisend. Die parlamentarische Sommerpause nutzte ich für eine erste Konferenz zur Zukunft Europas. Damit bringe ich die Bürgerbefragungen der EU in die Fläche und biete im Allgäu eine Plattform für politisch interessierte und engagierte Menschen. Bringen Sie sich ein und gestalten Sie mit Ihren Ideen die EU der Zukunft! Diese Begegnungen sind für mich wie ein Geschenk. Sie machen mir aufs Neue deutlich, wofür und für wen ich arbeite. Sie sind geliebtes Europa, und sie haben mir das Jahresmotto vorgegeben.

Dieses Jahr war einmal mehr geprägt von der Corona-Pandemie. Das Virus hat viel Leid über den Kontinent und die Welt gebracht. Dabei denke ich insbesondere an Menschen, die erkrankt oder verstorben sind, und deren Angehörige. An die ganz Jungen und die Alten. Die Pandemie hat Existenzen in Schieflage gebracht und das Leben erschwert. Ich hoffe aber, dass sie jeder und jedem von Ihnen auch Erlebnisse von Nähe und Solidarität, von Verbundenheit und Besinnung beschert hat.

Ich gehe dankbar und bescheiden in die Adventszeit hinein und wünsche Ihnen frohe Weihnachten und ein gesundes neues Jahr.

Ihre



Brüssel, im Herbst 2021

August 2020

Von Alpinen Böden bis zur Zukunft der Jugend Konferenzreihe zur deutschen Ratspräsidentschaft

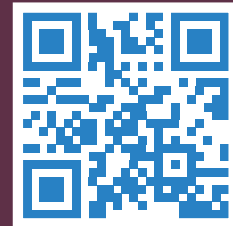
Am 1. Juli übernimmt Deutschland den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Aus diesem Anlass organisiere ich Online-Expertengespräche zu zentralen europäischen Themen. Unser Motto: „Europa wieder stark machen“. Am 14. September beginne ich mit Dr. Bernhard Feneis, Präsident des Verbands der Deutschen Binnenfischerei und Aquakultur, zur Lage der Teichwirtschaft. EU-Förderungen gehen derzeit an der regionalen Teichwirtschaft weitgehend vorbei,

und hier sehe ich Handlungsbedarf. Zum Thema „Gesunder Boden“ bringe ich mit dem Förster Ludwig Pertl, Initiator eines Projekts im Rahmen des INTERREG-Programms „Links4Soils“, das Wissen um die fragilen alpinen Böden mit nachhaltigem Ökosystem-Management und dem Aufbau von Kompetenzen zusammen. Mit Alexander Hold spreche ich über ein wenig bekanntes Recht der Bürgerinnen und Bürger: dass sie nämlich sowohl im Bayerischen Landtag wie auch im EU-

Parlament Online-Petitionen einreichen können. Matthias Fack, Vorsitzender des Bayerischen Jugendrings, schildert, was sich Jugendliche für die Zukunft wünschen. Im Corona-Lockdown habe ich mich erfolgreich bei der EU-Kommission für Unterstützung der europäischen Jugendherbergen und -verbände stark gemacht. Im November 2020 gibt die Kommission grünes Licht für Hilfen über den Bund für die Zeit zwischen dem ersten Lockdown und Ende Juli.

CORONA UND CHANCENGLEICHHEIT

Die Auswirkungen von COVID19 auf die Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt sind viel zu wenig bekannt. Die Corona-Krise macht die Fortschritte zunichte, die in den letzten Jahrzehnten bei der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter gemacht wurden. Das wirft die dringende Frage auf, wie sich dieser Trend wieder umkehren lässt. Schon lange setze ich mich im Europaparlament für Geschlechtergerechtigkeit und gegen Geschlechterideologien ein. Leider sind Frauenrechte und die errungenen Fortschritte in ganz Europa, auch in Deutschland, akut bedroht. Darüber sprechen die Soziologin Jutta Allmendinger und ich im Podcast des European Democracy Lab.



Auf Informationstour

Firmenbesuche geben wertvolle Einblicke in die Praxis

Der Einblick in die Produktion vor Ort und der praxisnahe Austausch mit Unternehmen sind ein wesentlicher Teil meines politischen Engagements. Gerade auch in Zusammenhang mit gesetzgeberischen Absichten und Maßnahmen auf EU-Ebene sind Produktions- und Firmenbesuche ein grundlegender Erfahrung- und Wissensgewinn.

Zwei Firmenbesuche während der parlamentarischen Sommerpause stehen ganz im Zeichen der wirtschaftlichen

Folgen von Corona. Bei der Trotec GmbH in Heinsberg liegt das Thema buchstäblich in der Luft, denn deren innovative Luftreinigungsgeräte mit Hochleistungs-Luftfiltern ziehen selbst Corona-Viren aus der Raumluft heraus. Innovative Technologien leisten einen Beitrag zum Gesundheitsschutz – und auch zu einer gerechteren Gesellschaft. Doch es gibt einen neuen Lockdown, Schulbetrieb und Kinderbetreuung sind nicht mehr gewährleistet. Das geht auf Kosten der Kinder und fast immer zu Lasten der Frauen.

Mit meinem Parteikollegen Walter Leo Schreinemaker besuche ich den Hauptsitz der Lambertz-Gruppe in Aachen. Im Gespräch mit Prof. Hermann Bühlbecker kommen aktuelle Themen in Sachen Ernährung, Lebensmittelpolitik und Verbraucherschutz aufs Tapet: die Situation unter Corona-Bedingungen, US-Strafzölle auf deutsche Gebäcke, Brexit, Handelskonzentrationen, Exportmärkte sowie neue Tendenzen im Lebensmittelrecht.



September 2020

Das Großprojekt meines Mandats Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik

Im September starten die Verhandlungen im Parlament zu den Strategieplänen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Das Agrarbudget ist der größte Posten im Haushalt der EU und wird alle sieben Jahre neu verhandelt. Aufgrund der Corona-Pandemie kam es zu Verzögerungen, sodass die GAP-Reform für mich das bestimmende Thema in diesem Mandatsjahr wird.

Diese Reform ist eine vertrackte Angelegenheit. Nicht nur, weil hier drei miteinander verschränkte Gesetze immer gemeinsam verhandelt werden müssen. Sondern auch, weil wir schier Unmögliches schaffen müssen: Die Kommission will es schnell; die Mitgliedsstaaten wollen es billig. Die Öffentlichkeit, sprich das Europaparlament will echte, gute Ergebnisse.



Als Berichterstatteerin für die Horizontale Verordnung arbeite ich schon über zwei Jahre an dem Dossier, das die Finanzierung, Verwaltung und Überwachung der GAP regelt. Die große Frage ist also: Wie gut kann es werden, ohne dass ein anspruchsvolles Management die GAP zu teuer macht oder die Gelder zu langsam ausgegeben werden – und gleichzeitig eine effiziente Verwaltung und effektive Kontrolle gewährleistet sind?

Der Green Deal für mehr Nachhaltigkeit Bietet kleinen Landwirten bessere Lösungen!

Eng verbunden mit der GAP-Reform ist der Green Deal für ein nachhaltigeres, klimaneutrales Europa. Damit anerkennt die Kommission die Notwendigkeit für besser integrierte politische Strategien. Bis zum Herbst aber bleibt unklar, wie der Übergang zu nachhaltiger Landwirtschaft finanziert werden soll, wenn nicht durch die GAP. Diese stellt zwar ein großes Budget dar, wäre

jedoch nicht in der Lage, stetig wachsende zusätzliche Anforderungen an die Landwirtschaft zu finanzieren.

Die Nachhaltigkeitsziele erfordern Investitionen in neue Technologien oder umweltfreundlichere alternative Inputs, und es entstehen Kosten bei der Umstellung der Bewirtschaftungsformen. Tausende kleine Landwirte und

Familienbetriebe können dies nicht stemmen. Sie brauchen mehr Unterstützung als nur die Einkommensstabilisierung über die GAP. Deshalb fordere ich bessere Antworten, um die Erfordernisse der Klima- und Umweltschutzziele mit der ökonomischen Machbarkeit für Landwirte auszuwöhnen. Landwirte brauchen eine faire Rendite für ihre Produkte.

Simplify!

Die GAP muss transparenter werden und Leistung belohnen

Von Anfang an fordere ich: Die GAP muss Landwirte motivieren statt sie durch Bürokratie ohne ökonomischen oder ökologischen Nutzen zu frustrieren. Dabei lasse ich mich von zwei Prinzipien leiten: Vereinfachung und Transparenz. Ich will einen zügigen Übergang zu einer zukunftsfähigen, leistungsorientierten Agrarpolitik erreichen.

Ich unterstütze den Wandel von einem vorschreibenden, regelbasierten Ansatz zu einem stärker zielgerichtetem und maßgeschneiderten Modell, das Leistung und Ergebnisse honoriert. Das Leistungsmodell (New Delivery Model) erfüllt die wirtschaftlichen und sozialen Ziele der GAP und hilft Europas hoch-

gesteckte Klima- und Umweltziele zu erreichen. Wir wollen Landwirte anregen und belohnen für ihre Verdienste um die Umwelt, das Klima und das Tierwohl. Umweltprogramme und Investments im Herzen der Reform machen den Sektor nachhaltiger, wettbewerbsfähiger und zukunftssicher.

[Alle Infos zur GAP:](#)



VERHANDLUNGSFÜHRERIN FÜR FINANZIERUNG, VERWALTUNG UND ÜBERWACHUNG DER GAP

Ich trage in diesen Verhandlungen eine große Verantwortung. Ich führe die Verhandlungen für die Horizontale Verordnung innerhalb des Parlaments, um zu einer gemeinsamen Position aller Parlamentarier zu kommen. Im Anschluss daran bin ich vom Parlament beauftragt, als Hauptverhandlerin die GAP-Reform im so genannten „Trilog“ mit dem Rat und der Kommission auszuarbeiten. Zusätzlich bin ich auch die agrarpolitische Sprecherin der Renew Europe-Fraktion und habe damit eine koordinierende Funktion, muss die Gruppe zusammenhalten und unsere Interessen gegenüber anderen Gruppierungen vertreten.

Oktober 2020

Besondere Situation von Exklaven wird künftig besser berücksichtigt Empfehlungen für Corona-Maßnahmen in Grenzgebieten geändert

Als Tourismusregion und Grenzgebiet ist das Oberallgäu von Corona-Maßnahmen besonders betroffen. Im Oktober erleben wir die absurde Situation, dass die Grenze zum Kleinwalsertal dichtgemacht wird. Es ist als Lebens- und Wirtschaftsraum so eng mit dem Allgäu verbunden, dass es in Sachen Corona unbedingt wie das Allgäu behandelt werden muss.

Ich kann mich bei den EU-Mitgliedsstaaten für die Belange von Regionen in Grenzgebieten und Exklaven im Zu-

sammenhang mit nationalen Corona-Maßnahmen einsetzen. Der Europäische Rat erkennt ausdrücklich an, dass die besondere Situation von Gebieten, bei denen Staatszugehörigkeit nicht mit der Geografie und sozialen Anbindung übereinstimmt, besser berücksichtigt werden muss. Eine entsprechende Ergänzung findet sich rasch in einer neu verabschiedeten Ratsempfehlung: „Die Mitgliedstaaten sollten den Besonderheiten der Grenzregionen, der Regionen in äußerster Randlage, der Exklaven und der geografisch isolierten Gebiete sowie

der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit auf lokaler und regionaler Ebene besondere Aufmerksamkeit widmen.“

Das ist wirksame Intervention im Interesse der Bürgerinnen und Bürger auf beiden Seiten der Grenze. Jungholz und Kleinwalsertal sollen künftig wie das Allgäu behandelt werden, zu dem sie als Lebensraum gehören, und grenzüberschreitende Zusammenarbeit sollte leichter möglich sein. Maßnahmen zur Eindämmung des Virus sind allerdings Kompetenz der einzelnen Mitgliedsstaaten. Brüssel kann hier nicht direkt entscheiden, nimmt aber über die Empfehlungen Einfluss auf nationale Entscheidungen.

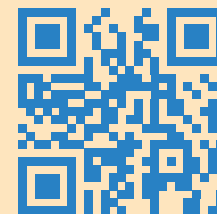
[Der vollständige Text der Ratsempfehlung ist hier nachzulesen:](#)



THEMA NACHHALTIGKEIT

Nachhaltigkeit ist ein Querschnittsthema, das alle Politikbereiche durchdringt. In der Forstwirtschaft kommt dieser Begriff bereits im 18. Jahrhundert vor: Hier denkt man in langen Zyklen und an den Erhalt der Wälder über Generationen. Heute hat nachhaltiges Wirtschaften angesichts des Klimawandels eine noch größere Dringlichkeit. Viele politische Maßnahmen und Initiativen wie die Reform der GAP oder das Lieferkettengesetz spiegeln die Anstrengungen, europaweit die Nachhaltigkeit zu einer der wichtigsten Leitplanken von Politik zu machen. Der Green Deal enthält Strategien für den Forst, die Biodiversität, den ländlichen Raum sowie die Farm-to-Fork-Strategie („Vom Hof auf den Teller“). Ich argumentiere stets, dass Bewirtschaftung und Schutz einander nicht ausschließen. Was wir heute als Natur wahrnehmen, sind zumeist vom Menschen geschaffene Kulturlandschaften. Oftmals ist es gerade die Bewirtschaftung z. B. von Wäldern, die uns hilft, den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen.

Redebeitrag zur
Plenardebatte über
die Forststrategie:



EU übernimmt Verantwortung für Folgen von Konsum Europäische Forststrategie und globale Entwaldung

Im Bericht zur weltweiten Entwaldung geht es um eine Sorgfaltspflichtregelung. Durch unseren Konsum wollen wir nicht Entwaldung in andere Länder exportieren, beispielsweise Waldrodung im Amazonas zum Anbau von Soja. Weltweite Kontrollmechanismen und Regularien sind überfällig.

Ich behalte im Laufe dieser Beratungen die Interessen der europäischen Forstwirte im Blick. Dabei geht es besonders um Definitionen und Begrifflichkeiten sowie die ausdrückliche Anerkennung der multifunktionalen Rolle der Wälder und der Prinzipien der nachhaltigen Forstwirtschaft. Wälder sind schlichtweg

mehr als schiere CO₂-Speicher. Sie sind vielmehr ein Schlüsselement für die nachhaltige Zukunft Europas. Unsere Mitgliedsstaaten sind weltweit führend in der nachhaltigen, verantwortungsvollen Bewirtschaftung der Wälder, die europäische Gesetzgebung ist komplex und anspruchsvoll. Es muss deshalb auch klar sein, dass wir durch diese auf Drittstaaten zielende Initiative und bei so unterschiedlichen Maßstäben keine zusätzlichen Belastungen für unsere Forstwirte schaffen. International müssen wir die Wettbewerbsfähigkeit im Blick behalten, damit nicht nachhaltig produzierte hiesige Forstgüter gegen weniger nachhaltige Importe verlieren. Gleichzeitig müssen

unsere Regeln für Importe berücksichtigen, dass gute Forstbewirtschaftung sich lokal unterscheidet und Regeln für den Regenwald nicht auf europäische Wälder angewandt werden dürfen.

Dieser Bericht ist eine wichtige Vorarbeit für weitaus umfangreichere Diskussionen zu einem Lieferkettengesetz. Im März 2021 definieren wir die Erwartungen des Parlaments an einen Vorschlag für das Gesetz. Im September 2021 werde ich Berichterstatterin für den Parlamentsbericht zur Forststrategie und bin also für die Ausarbeitung zuständig. Die Abstimmung im Parlament ist für Juli 2022 angesetzt.

November 2020

Nachhaltig I: Hof- & Weideschlachtung

Ende 2020 tritt eine Ausnahmeregelung für kleine Schlachtungen im landwirtschaftlichen Betrieb für die Direktvermarktung außer Kraft. Regionale Produktionsmethoden, lokale Märkte und kurze Lieferketten sind aber besonders wichtig als Teil der Farm-to-Fork-Strategie im Green Deal. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer bayerischen Debatte um Weideschlachtung für Schweine und Kühe erinnere ich die Kommission daran, dass die Handhabung der EU-Hygieneverordnung mit den Zielen für eine nachhaltige Lebensmittelkette übereinstimmen muss. Wir brauchen eine kohärente Politik für die Lebensmittelkette und müssen diejenigen bestärken, die mutig neue Wege gehen, um Tierwohl und Regionalität zu stärken. Ich fordere erfolgreich eine umgehende Verlängerung der Übergangsverordnung, außerdem dürfen für die Hofschlachtung nicht strengere Maßstäbe und höhere Standards angelegt werden als für die konventionelle Schlachtung.

Dezember 2020

Nachhaltig II: Wasserstoffstrategie

Auf dem digitalen Parteikonvent der FREIEN WÄHLER stelle ich die Europäische Wasserstoffstrategie vor. Für uns sind Energiepolitik und die dezentrale Energiewende wichtige Themen. Nachhaltiges Wachstum entsteht durch innovative Technologien und Dienstleistungen. Für unseren forschungs- und technologiestarken Kontinent bieten diese Prozesse große Chancen zur langfristigen Wohlstandssicherung. Dabei wird klar: Industrie und Verkehr können auf absehbare Zeit nicht rentabel ausschließlich mit erneuerbarem Strom arbeiten. Hier kommt der Wasserstoff als energiepolitischer Megatrend ins Spiel: Er könnte das komplizierte Puzzle einer erfolgreichen Energiewende in allen Sektoren gewinnbringend ergänzen.

Im Mai 2021 verabschiedet das Parlament den Bericht zur Wasserstoffstrategie und betont, dass langfristig nur sauberer Wasserstoff zur Klimaneutralität beitragen kann. Kommission und Mitgliedstaaten sollen seine Markteinführung und die Entwicklung einer Wasserstoffwertungskette beschleunigen.

Nachhaltig III: EU-Haushalt 2021 – 2027

Obwohl die FREIEN WÄHLER eine Vergemeinschaftung von Schulden ablehnen, stimme ich dem Mehrjährigen Finanzrahmen zu. Das Budget 2021–2027 wird als Paket zusammen mit dem Recovery-Programm verabschiedet. Es ist die Grundlage für die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union, zum Beispiel für wichtige Programme wie die Gemeinsame Agrarpolitik, Kohäsionspolitik, ERASMUS und Forschungsförderung wie HORIZON. Gerade in einer Zeit, in der wir schnell und koordiniert vorgehen müssen, um die Gesundheits- und Wirtschaftskrise infolge der COVID-19-Pandemie zu bekämpfen, dürfen wir keine Haushaltsblockade riskieren. Vielmehr ist es das Gebot der Stunde, Verantwortung zu übernehmen und den Weg für Zukunftsinvestitionen frei zu machen.

Steter Tropfen: Neue Trinkwasserrichtlinie stärkt Umwelt- und Verbraucherschutz

Parlament verhilft erster Europäischer Bürgerinitiative zu entscheidendem Erfolg

Zum Ende des Jahres kommt ein wichtiges Thema zum Abschluss, das uns zwei Jahre begleitet hat und von hohem öffentlichen Interesse ist. Das Parlament stimmt über die Novelle der Europäischen Trinkwasserrichtlinie ab. Den Gesetzgebungsprozess habe ich als Schattenberichterstatterin meiner Fraktion entscheidend beeinflusst. Ich konnte wichtige Verbesserungen im Interesse der kommunalen Wasserversorger durchsetzen. Verbraucher- und Umweltschutz wurden erhöht. Auf mein Engagement geht der Auftrag an die Kommission zurück, eine Methodologie zur Messung von Mikroplastik zu entwickeln.

Die neue Richtlinie soll und wird das Vertrauen der Verbraucher in die Trinkwasserqualität stärken. Das Update der 20 Jahre alten Gesetzgebung forciert Umwelt- und Verbraucherschutz entscheidend. Die Novelle aktualisiert gesundheitsrelevante Grenzwerte und verbessert künftig die Verbraucherinformation. Wir haben eine Beobachtungsliste für neu auftkommende Schad-

stoffe eingeführt. Ambitionierte Regeln für alte Bleileitungen und eine harmonisierte Regulierung von Trinkwasser-Kontaktmaterialien verbessern den Gesundheitsschutz für alle Verbraucher. Dank des risikobasierten Ansatzes werden wir in Zukunft in der Lage sein, Verunreinigungen schon an der Quelle zu bekämpfen. Hier konnte das Parlament durchsetzen, dass Prävention vor Eindämmung kommen muss. Ich freue mich, dass meine Renew Europe-Gruppe eine wichtige Rolle gespielt hat, was den ambitionierten Ansatz beim Blei betrifft. Außerdem haben wir die Beobachtungsliste für wachsende Verschmutzungsprobleme wie Mikroplastik, Medikamentenrückstände und hormonwirksame Stoffe eingeführt.

Mir sind kommunale Wasserversorger und -genossenschaften ein besonderes Anliegen. Diese vielen kleinen Wasserversorger müssen in der Praxis mit der Richtlinie arbeiten. Deshalb bin ich froh, dass wir in den Verhandlungen mit Rat und Kommission viele Detailprobleme lösen konnten, um die Umsetzbarkeit

im Tagesgeschäft der Wasserversorger sicherzustellen.

Es gibt einen weiteren Grund zur Freude rund um die Trinkwasserrichtlinie: Sie ist ein Meilenstein europäischer Bürgerbeteiligung. Der Kommissionsvorschlag für eine neue Trinkwasserrichtlinie war eine Reaktion auf die erste erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative „Right 2 Water“. „Right 2 Water“ sammelte 1,6 Mio. Unterschriften zur Unterstützung eines verbesserten Zugangs zu sauberem Trinkwasser für alle Europäer. Der Gesamtverbrauch an Leitungswasser soll sich dadurch erhöhen – eine kostengünstige, sichere und umweltfreundliche Alternative zu in Flaschen abgefülltem Wasser.

GAP-Reform geht auf die Zielgerade

Zu Jahresbeginn ist die Horizontale Verordnung schon weit gediehen

Bis Jahresende haben wir die sehr technische Horizontale Verordnung nach Themenblöcken aufgeteilt, schrittweise und gut strukturiert abgearbeitet. Schon rund die Hälfte der 104 Artikel sind angeschnitten und bereits 24 abgeschlossen. Im Januar stellen wir den Stand in einer Pressekonferenz vor. Fürs erste Quartal 2021 sind monatliche Trilogie mit Rat und Kommission geplant, um bis zur Sommerpause alle Verordnungen als Paket zu verabschieden.



Einige Aspekte sind mir in den anstehenden Runden besonders wichtig:

- Die Menschen *in den Regionen* wissen am besten, wie man die Details der Nationalen Strategiepläne ausgestalten sollte. Also brauchen die Mitgliedsstaaten mehr Flexibilität und maßgeschneiderte Pläne.
- Die Landwirtschaft als Berufszweig und die Bevölkerung in den ländlichen Räumen sollten aktiv an der Erstellung der Strategiepläne beteiligt sein.
- Bäuerinnen und Bauern leisten Enormes: Sie versorgen uns mit Lebens-

mitteln, zugleich sind sie Schlüssel-Akteure in Sachen Biodiversität und Schutz von Böden, Gewässern und Klima. Sie brauchen dringend praktisch umsetzbare, wissenschaftlich aktuelle und regional zugeschnittene Konzepte zur Aus- und Weiterbildung. Dies ist die große Chance des neuen Leistungsmodells und der Eco Schemes.

- Außerdem: Tatsächliche Ergebnisse auf Basis europaweiter Kennzahlen – so geht eine faire und transparente Umsetzung unserer Ziele!

In manchen Mitgliedstaaten ist die Kontrolle der Fördermittel schwierig. Wo Strukturen schwach oder intransparent sind, ist ein direkter Beschwerdemechanismus für Landwirte ein wichtiger Schritt, um Verwaltungsdefizite aufzudecken und Missbrauch zu verhindern. Die meisten dieser Elemente kann ich erfolgreich ins Plenum einbringen, wo sie von einer großen Mehrheit unterstützt werden. Allerdings erweist es sich als schwierig, das Leistungsmodell durchzubringen. Das wird die große Herausforderung in den anstehenden Verhandlungen!

Teichfischerei leistet Beitrag zur Biodiversität

Artenschutz und Bewirtschaftung sind vereinbar

Im Januar diskutiert der Umweltausschuss die Biodiversitätsstrategie. In diesem Kontext verteidige ich die förderliche Rolle der Teichfischerei für die Artenvielfalt. Kultivierte Teichgebiete sind Lebensraum für viele oft seltene Arten, leisten positive Beiträge für Klima und Wasserhaushalt, dienen als Nährstoffsenke und Sedimentrückhalt sowie der nachhaltigen Produktion regionaler Lebensmittel. Teichfischerei ist ein erstklassiges Beispiel für eine produktive Nutzung im Einklang mit hohen Schutzzielen.

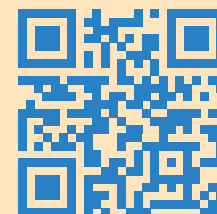
Ende Januar antwortet mir die Kommission auf meine schriftliche Anfrage vom Dezember: „Unter bestimmten Voraussetzungen kann die traditionelle Teichbewirtschaftung mit dem Erhalt der natürlichen Werte der Gebiete vereinbar sein und zur Erhaltung und Verbesserung der Biodiversität beitragen. Die Kommission stimmt daher zu, dass die traditionelle Teichbewirtschaftung ... Teil der angemessenen Bewirtschaftung von Schutzgebieten sein kann, sofern diese unter weniger strengem Schutz stehen.“

Das Thema begleitet uns weiter, bis das Parlament im Juni über die Biodiversitätsstrategie abstimmt. Für mich bleibt ein zentrales Problem, dass zwar Schutzgebiete und Vorgaben zur Bewirtschaftung ausführlich behandelt, aber Eigentumsrechte nicht angemessen berücksichtigt werden. Viel zu kurz kommt, dass die Natur ein komplexer Lebensraum ist, kein Museum! Wir müssen Umweltschutz mit Landnutzung in Einklang bringen. Dabei geht es um die wirtschaftliche Existenz vieler ländlicher Gebiete.

ONLINE-SEMINARE ZU DEN EUROPÄISCHEN NACHHALTIGKEITS-STRATEGIEN

Der European Green Deal enthält Strategien für ein klimafreundlicheres Europa: die Biodiversitätsstrategie, die Forststrategie und die Farm-to-Fork-Strategie, die einen Bogen von der Landwirtschaft über die Lebensmittelkette bis zum Verbraucher spannt. Zu Jahresbeginn biete ich diverse Online-Seminare an, um diese komplexen Strategien zu diskutieren. So will ich über Verbesserungen wirklich verlässliche und widerspruchsfreie Rahmenbedingungen erreichen. „Vom Hof auf den Tisch“ soll einen kohärenten Politikrahmen für nachhaltigere Lebensmittelproduktion und Konsum bieten. Ich betone unermüdlich, dass Landwirte als Teil der Lösung und nicht als Verursacher von Problemen gelten. Sie tragen bereits dazu bei, dass Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion nachhaltiger werden, stehen allerdings vor immer komplexeren und oft inkohärenten Auflagen sowie Umwelt- und Klimazielen. Versorgungssicherheit, Produktivität, Klimawandel, Bevölkerungswachstum – all diese Herausforderungen sind miteinander verknüpft, und daher sollten es auch unsere Politikansätze sein. Nachhaltigkeit ist kein geschlossenes Konzept, sondern vielschichtig und mehrdimensional. Dies müssen wir gesellschaftlich aushandeln, und nicht zuletzt müssen sich nachhaltige landwirtschaftliche Praktiken in der Breite als Geschäftsmodell lohnen.

Mehr Informationen
zum Green Deal:



Februar 2021

Benefizaktion für Familien im Lockdown Ehrenamt leidet unter Corona-Maßnahmen

Fasching muss ausfallen. Aber der Aschermittwoch 2021 wird bunt statt grau für viele Sonthofener und Kemptener Kinder! Gemeinsam mit meinen Allgäuer Politik-Kolleg*innen verteile ich Gratis-Aktionspakete mit Spiel und Spaß für Kinder daheim. Die Päckchen sind mit Malsachen, Büchern und vielem mehr befüllt für Kinder im Kindergarten- und Grundschulalter. Wir wollen Eltern und Kinder im Lockdown praktisch unterstützen und haben Bucherspenden in ganz Deutschland eingeworben, auch die Stiftung Lesen und

der Bayerische Lehrerinnen- und Lehrerverband BLLV sind mit an Bord. Ich weiß als mehrfache Großmutter, welchen Herausforderungen Familien mit kleinen Kindern im Lockdown gegenüberstehen. Das konnten wir uns ein Jahr zuvor nicht vorstellen. Vor allem Eltern von jüngeren Kindern sind in dieser Situation stark betroffen. Sie müssen Kinderbetreuung, Job und Haushalt, oft auch noch das Homeschooling der älteren Kinder bewältigen. Das bringt viele Menschen, vor allem Mütter, an die Belastungsgrenze.



In Sonthofen liefern freiwillige Helferinnen und Unterstützer die Päckchen sogar direkt nach Hause! Meine Kolleginnen Petra Müller und Annette Hauser-Felberbaum (im Bild) sind als Stadträtinnen in Sonthofen und Kempten tolle Beispiele für Frauen in politischen Ehrenämtern. Wie wichtig das Ehrenamt im politischen, kulturellen oder sozialen Bereich für unsere Gesellschaft ist, dessen bin ich mir sehr bewusst. Umso mehr geht es mir ans Herz, wie sehr ehrenamtliche Strukturen unter den Folgen der Corona-Pandemie zu leiden haben, weil Trainings, Treffen oder Veranstaltungen nicht mehr stattfinden konnten, weil Mitglieder wegbrechen. Wenn Sie ehrenamtlich engagiert sind und ein politisches Anliegen haben, zögern Sie nicht, mich anzusprechen!





Kreislaufwirtschaft muss Innovationspotential beflügeln EU-Parlament stimmt über Green Deal-Aktionsplan ab

Der Kreislaufwirtschafts-Aktionsplan kommt zur Abstimmung. Er soll zu einer effizienteren Ressourcennutzung in der EU führen und insbesondere Abfallvermeidung und Recycling fördern. Wir wollen Abfallvermeidung in den Vordergrund stellen und den ökologischen Fußabdruck der EU-Bevölkerung reduzieren.

Allein die Europäer konsumieren derzeit die Kapazität von drei Erden. Eine umfassende Kreislaufwirtschaft ist also zentral, um langfristig die planetaren Grenzen zu respektieren. Um die Ziele

des Green Deal und der Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen, ist die Ressourceneffizienz ein wichtiger Faktor.

Der Schwerpunkt sollte Innovation und nachhaltigem Wirtschaften gelten. Europa ist arm an Rohstoffen, aber reich an Know-how. Wir müssen dieses immense Innovationspotential unseres Kontinents aktivieren. Dazu gehören Standards: zum Beispiel besonders für die Qualität von Recyclaten, damit diese besser wettbewerbsfähig werden und in nennenswerten Mengen Primärrohstoffe ersetzen können.

Die Kreislaufwirtschaft bietet viel wirtschaftliches Potential für innovative deutsche und europäische Unternehmen, und der Aktionsplan der Kommission wie auch der Bericht des Parlaments setzen hier wichtige Impulse. Ich finde es besser, Anreize zu schaffen statt Verbote auszusprechen: Wir sollten den Einsatz von Primärrohstoffen nicht gesetzlich einschränken, sondern die Nutzung von Sekundärrohstoffen, also Recyclaten, durch entsprechende Rahmenbedingungen attraktiver machen. Und das A und O sind einmal mehr: aufgeklärte Verbraucher!

März 2021

Lieferkettengesetz: Wir brauchen einheitliche Standards Parlament berücksichtigt Bedürfnisse von KMU

Im März macht das Parlament der Kommission einen konkreten Gesetzesvorschlag über ein Lieferkettengesetz, dem ich zustimme. Im Bereich Umwelt und Unternehmensführung fehlen bisher internationale Standards. Es ist wichtig und richtig, dass wir auf europäischer Ebene einen einheitlichen Rahmen schaffen für die Sorgfaltpflicht von Unternehmen.

Es ist die Aufgabe der Kommission und der Mitgliedsstaaten, auf internationale

Standards hinzuarbeiten. Hier sollten nicht Unternehmen in die Pflicht genommen werden, europäische Standards andernorts zu etablieren. Dabei geht es auch um gleiche Wettbewerbsbedingungen in unserem Binnenmarkt.

Die Lieferketten-Richtlinie soll für alle großen Unternehmen sowie börsennotierte und sogenannte „Hoch-Risiko“-KMU gelten. Diese sollen auf Grundlage eines risikobasierten Ansatzes für die gesamte Lieferkette verantwortlich sein.

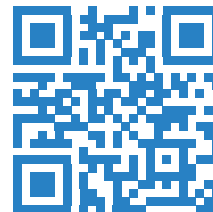
Als Freie Wählerin lege ich ein besonderes Augenmerk auf kleine und mittlere Unternehmen und deren bürokratische Belastung. Die praktische Ausgestaltung des Gesetzes auf europäischer Ebene berücksichtigt beim bürokratischen Aufwand und den Kosten die besondere Situation von KMU. Dazu gehört der risikobasierte Ansatz, da dieser generell Aufwand reduziert. Außerdem müssen für KMU Zertifizierungssysteme als pragmatische Lösung zur Erfüllung ihrer Sorgfaltpflicht offenstehen.

Gleichgesinnte Partner Freihandel mit Australien und Neuseeland

In Zeiten globaler Unsicherheit ist es enorm wichtig, die Beziehungen zu Partnerländern zu stärken, die – wie wir Europäer – an einer regelbasierten politischen Ordnung festhalten. Solche Partner sind Australien und Neuseeland, mit denen die EU ein Freihandelsabkommen aushandelt. Im März star-

ten diese Verhandlungen in ihre zehnte Runde. Als Vorsitzende der Delegation für Australien und Neuseeland verfasste ich aus diesem Anlass einen Gastbeitrag für das *Parliament Magazine*.

[Auf meiner Website finden Sie den kompletten Artikel zum Nachlesen.](#)



April 2021

Ein Schatz unter unseren Füßen Konsultation und Resolution zu gesunden Böden

Bei der Resolution zu gesunden Böden arbeite ich eng mit dem Mitinitiator der Resolution zusammen und vermittele zwischen den Ausschüssen für Landwirtschaft und für Umwelt, um eine Kompromisslinie zu finden. Gemeinsam organisieren wir ein Online-Seminar zum Thema. Gesunde Böden sind entscheidend für unsere Zukunft. Sie spielen eine wichtige Rolle in den Zielen des Europäischen Green Deals, zu denen Klimaneutralität, Wiederherstellung der biologischen Vielfalt, gesunde und nachhaltige Lebensmittel und eine widerstandsfähige Umwelt gehören. Die EU-Bodenstrategie wird daher untersuchen, wie die Bodenfruchtbarkeit geschützt, die Erosion verringert und die organische Substanz des Bodens erhöht werden können.

Als praktizierende Landwirtin bin ich im doppelten Wortsinn „geerdet“. Beim Boden sind Eigentumsrechte (anders als bei Luft und Wasser) klar definierbar und eine grundlegende Voraussetzung für ihre nachhaltige Bewirtschaftung; dieses Recht muss einwandfrei

anerkannt werden. Außerdem bewegen wir uns hier ganz klar innerhalb nationaler Grenzen, und manche Fragen können vor Ort sicherlich besser bewertet und gelöst werden. Damit verbunden müssen wir klären, wie Landbesitzer vergütet oder entschädigt werden, wenn künftig die Auflagen steigen oder sie sich im Sinne der Umwelt für das Gemeinwohl einsetzen, wodurch ihnen einerseits Einkommen entgeht, während gemeinnütziger Mehrwert entsteht. Bisher freiwillig geleistete Maßnahmen müssen anerkannt und gewürdigt werden, und generell müssen alle Maßnahmen praktisch umsetzbar und finanzierbar sein. Gerade für die Eigentümer kleinerer Flächen, zum Beispiel Familienbetriebe, muss sich die Bürokratie in Grenzen halten.



Mai 2021

Europatag und Zukunftskonvent

Der Europatag ist der 9. Mai – das Datum markiert das Kriegsende 1945 und steht für Frieden und Einheit in Europa. Dieses Jahr gibt die EU an diesem Tag das Startsignal für die Konferenz zur Zukunft Europas, in der sich die Bürgerinnen und Bürger direkt und besser hörbar einbringen können. Für mich sind Bürgernähe und Mitspracherecht echte Herzensthemen, und so setze ich mich mit aller Kraft dafür ein, Europa den Menschen näherzubringen. Für eine Initiative der Europa-Union Bayern habe ich darüber nachgedacht, was meine europäischen Werte sind. Was macht uns aus und was hält uns zusammen? Für mich sind Solidarität und Chancengleichheit zentrale europäische Werte. Ebenso die wirkliche Gleichstellung von Mann und Frau. Wenn wir die aktuelle Krise als Chance denken, kann dies ein großer europäischer Moment sein!

Lesen Sie auf meiner Website mehr über den „Werte-Wanderweg“ – ein tolles Projekt!

Juni 2021

Leiterstürze können Familienexistenzen gefährden Schirmherrschaft für Pilotprojekt „Weg von der Leiter“

Als Schirmherrin unterstütze ich das Pilotprojekt „Weg von der Leiter“ der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft SVLFG. Es geht um Kosten und Konsequenzen von Leiterstürzen und vor allem um Prävention. Die SVLFG

verschickt 10.000 Informationsschreiben an Land- und Forstwirte und Obstbauern in Kempten, Lindau und im Oberallgäu. Für mich als praktizierende Landwirtin gehört der verantwortungsbewusste Umgang mit technischen

Geräten zum Alltag. (Zum Beispiel: ein Hammer mit Sicherheitsgriff als Dankeschön, den ich vor meinen Männern daheim auf dem Hof verteidigen muss!). Allein in Bayern passieren alle drei Tage vier Unfälle mit Leitern. Das macht deutlich, wie wichtig diese Aktion ist. Ich bin mir der Gefahren sehr bewusst und persönlich durch einen schweren Leiterunfall in der Verwandtschaft betroffen. Allein deshalb war es für mich keine Frage, die Schirmherrschaft für die Initiative meiner BG zu übernehmen. Wir werden damit nicht die Leiter abschaffen, aber wir können marode und unsichere Leitern aus dem Verkehr ziehen und die Menschen für die Risiken sensibilisieren. Wir schaffen Bewusstsein, dass die Leiter ein unsicheres Arbeitsgerät und der richtige Umgang damit wichtig ist. Daran hängen – gerade in der Landwirtschaft – immer auch Existenzen ganzer Familien. Das Projekt hat das Potential, Menschenleben zu retten.



Europas Reichtum lebt in den ländlichen Räumen Kommission stellt Strategie für vernetzte und resiliente Regionen vor

Im Juni stellt die Kommission ein Strategiepapier für den ländlichen Raum vor, mit dem ich im Ausschuss für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung befasst bin. Für mich besteht kein Zweifel daran, dass die Vielfalt Europas in den ländlichen Räumen lebt. Sie bieten 137 Millionen Menschen Heimat und erstrecken sich über 80 Prozent des EU-Hoheitsgebietes. Die

Strategie nennt die ländlichen Gebiete als aktive Akteure beim ökologischen und digitalen Wandel der EU. Ihre Bedeutung ist anerkannt, werden hier doch Nahrungsmittel produziert und natürliche Ressourcen bewirtschaftet, gepflegt und erhalten. Wir bieten Erholungsorte und spielen eine Schlüsselrolle bei der Verwirklichung der Klima-, Umwelt- und Biodiversitäts-Ziele.

Ländliche Gebiete bilden eine wichtige Struktur unserer Gesellschaft, wo auch das Herz der Wirtschaft schlägt. Das Papier zieht Lehren aus der Covid-Pandemie und weist Wege zur Verbesserung der Lebensqualität, zur Verwirklichung einer ausgewogenen territorialen Entwicklung und zur Förderung des Wirtschaftswachstums in ländlichen Gebieten.







Endlich steht die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik Zeitenwende beim Fördersystem und maximale Auszahlungssicherheit

Kurz vor dem Abschluss der großen Reform wird es noch einmal nervenaufreibend: Der große Jumbo-Trilog im Mai platzt. Doch in konstruktiver Zusammenarbeit mit der portugiesischen Agrarministerin (Ratspräsidentschaft) kann das Parlament trotz enttäuschender Kommission noch das Beste herausholen, und im Juni ist die Reform endlich in trockenen Tüchern.

Und sie wird am Ende gut: Das Leistungsmodell ist der Aufbruch in eine neue Ära. Mehr Flexibilität, mehr Regionalität. Ein Viertel der Direktzahlungen für ambitionierten Umwelt-, Klima- und

Bodenschutz. Eine Umverteilungsprämie für kleine Betriebe und für grüne Investitionen, Förderungen für Junglandwirte und Frauen, Hilfen bei der Hofübergabe.

Ich habe in den Verhandlungen immer das Ziel der maximalen Auszahlungssicherheit für Mitgliedsstaaten und Landwirte verfolgt und auch erreicht. Die von mir ausgehandelte Horizontale Verordnung leistet einen essenziellen Beitrag zur Umsetzung der Nationalen Strategiepläne und schafft die rechtlichen und wirtschaftlichen Bedingungen, damit Landwirte innovativ und

ökologisch sinnvoll planen und handeln können. Mit den Öko-Regelungen haben wir ein innovatives Instrument geschaffen, das Landwirte finanziell unterstützt, wenn sie mit umwelt- und klimafreundlichen Praktiken den Anforderungen des Green Deal und des Pariser Abkommens gerecht zu werden versuchen.

Jetzt kann die nächste GAP höhere ökologische und soziale Ambitionen einlösen. Das Parlament wird somit einer großen Verantwortung gegenüber der Landwirtschaft und der Bevölkerung im Allgemeinen gerecht.

August 2021

Heimat Europa gestalten Zukunftskonferenz auf dem Nebelhorn

Ich bringe den von der Kommission im Mai gestarteten Zukunftskonvent konkret zu den Menschen vor Ort und lade aufs Nebelhorn bei Oberstorf ein. Hier oben, an diesem symbolischen Ort mit dem weiten Blick über vier europäische Länder, diskutiere ich mit rund 50 Menschen in sechs Arbeitsgruppen die wichtigen Europathemen der nahen Zukunft.

Ein erklärtes Ziel des Konvents ist auch, die Vielfalt Europas widerzuspiegeln und nicht nur Stimmen aus den Hauptstädten zu verstärken. In meinem Impulsreferat greife ich das Strategiepapier auf, das die europäische Vision

für stärkere, vernetztere und resiliente ländliche Räume bis 2040 vorstellt. Die große Regionalität mit mannigfachen Landschaften, Kultur und Kulturerbe zählt zu den wichtigsten und herausragenden Merkmalen Europas, wo Identität und Wertschöpfung entstehen.

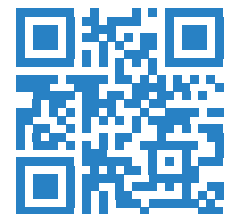
Diesen Reichtum wollen wir reflektieren und erarbeiten ein Strategiepapier „Zukunft Europa – Oberallgäu“. Sechs Kernthemen setzen den Rahmen: Klimaschutz, Gesundheit sowie Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung. Außerdem Migration, der digitale Wandel sowie Bildung, Kultur, Jugend und Sport.



Ich bin überwältigt vom Engagement und dem Ideenreichtum der Teilnehmenden, und so ist dieser Event nur der Auftakt für eine ganze Reihe von Veranstaltungen zu Themen wie z. B. Landwirtschaft und Geschlechtergerechtigkeit. Diese Zukunftskonferenzen sind einmal mehr der Beweis: Ohne die Menschen hat Europa keinen Sinn, und nur gemeinsam können – und werden! – wir das Europa von morgen gestalten.



Informieren
Sie sich auf
der Website
[www.zukunft-
europa.com!](http://www.zukunft-europa.com)



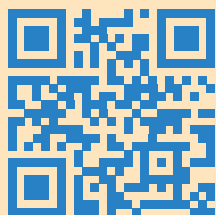
SCHRIFTLICHE ANFRAGEN

Schriftliche Anfragen sind ein Werkzeug der parlamentarischen Kontrolle. Jede/r Abgeordnete kann eine bestimmte Zahl von Anfragen an verschiedene hohe Vertreter der EU richten, mit der Bitte um eine schriftliche Antwort.

Meine schriftlichen Anfragen an die Kommission betrafen folgende Themen:

- Die aggressive Einschüchterungspolitik der Türkei und ihre Leugnung des Völkermords an den Armeniern (Oktober 2020)
- Leitlinien für Regionalbeihilfen ab 2022, Folgenabschätzung zur Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ und zur Biodiversitätsstrategie sowie Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen in der Corona-Pandemie (November 2020)
- Einführung eines einheitlichen Impfausweises in der EU vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie, Deckung der Pandemierisiken für KMU in Europa sowie Pläne der Kommission zur Stärkung der Gesundheit in Europa und der Europäischen Gesundheitsunion; außerdem Biodiversitätsstrategie: Ausweitung der Schutzgebiete und Funktion der Teichfischerei und Umsiedlung von Rohingya-Flüchtlingen (Dezember 2020)
- Nährwertprofile und Kennzeichnung der Packungsvorderseite für spezialisierte Lebensmittel (Mai 2021)

Alle schriftlichen Anfragen sind hier nachzulesen:

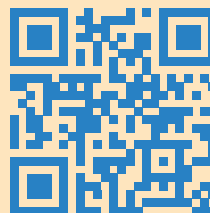


BEITRÄGE ZU PLENARDEBATTEN

Als Parlamentarierin habe ich in den Plenarsitzungen des Europaparlaments folgende Reden gehalten oder schriftliche Erklärungen abgegeben:

- Entwaldung sowie Gemeinsame Agrarpolitik: Unterstützung der Strategiepläne – Gemeinsame Agrarpolitik: Finanzierung, Verwaltung und Überwachung – Gemeinsame Agrarpolitik: Änderung der GMO-Verordnung und weiterer Verordnungen; außerdem: Europäische Forststrategie und Europäisches Klimagesetz (Oktober 2020)
- Beratungen des Petitionsausschusses 2019, Umsetzung der Wassergesetzgebung der EU, Übergangsvorschriften für ELER und EGFL 2021 und 2022, Ende der Ausnahmeregelung für Schlachthöfe (Dezember 2020)
- EU-Biodiversitätsstrategie für 2030: Mehr Raum für die Natur in unserem Leben (Juni 2021)

Alle Beiträge sind hier nachzulesen:



IMPRESSUM

ULRIKE MÜLLER, MdEP

Parlement européen
Bât. Willy Brandt 03M103
60, rue Wiertz / Wiertzstraat 60
B-1047 Bruxelles/Brussel

T: +32 2 28 45843
F: +32 2 28 49843
M: ulrike.mueller@europarl.europa.eu

WEBSITE

www.fw-europa.com



BÜRGERBÜRO KEMPTEN

Ulrike Müller
Salzstraße 12
D-87439 Kempten

T: +49 (0) 8 31 99 09 30 02
F: +49 (0) 8 31 99 09 30 09
M: buero.kempten@fw-europa.com

SOCIAL MEDIA KANÄLE



[/MdE.UlrikeMueller](https://www.facebook.com/MdE.UlrikeMueller)



[/UliMuellerMdEP](https://twitter.com/UliMuellerMdEP)



[/ulrike_mueller_mddep](https://www.instagram.com/ulrike_mueller_mddep)